

«Das ist der Stoff für Revolutionen»

Die Ökonomin Dambisa Moyo über weltwirtschaftliche Risiken, Donald Trump und die Schweizer Entwicklungshilfe

Armin Müller

Sie wurden mit Ihrer Kritik an der Entwicklungshilfe berühmt. In der Schweiz debattiert das Parlament über das Entwicklungshilfebudget und ob wir mit mehr Hilfe die Flüchtlingsströme eindämmen können.

Politiker und Wähler denken sehr kurzfristig. Aber es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Entwicklungshilfemodell und der Migrationskrise.

Inwiefern?

Eine unbeabsichtigte Folge der Hilfe sind Schwächung der Regierung, Korruption und Klüngelei, Inflation und Verschuldung. In vielen Ländern ist das Entwicklungshilfebudget so gross, dass es zu einem entscheidenden politischen Faktor wird. Das wirtschaftliche und politische Versagen produziert das Migrationsproblem, das wir heute sehen. Die Leute im Westen machen diese Verknüpfung nicht.

Sie wollen helfen.

Das ist verständlich. Ich bin sehr für humanitäre Hilfe. In Notlagen müssen wir intervenieren. Aber wenn es keine Bewegung gibt, die strukturellen Ursachen anzugehen, gibt es keine Entwicklung und man produziert mehr Migration.

Was sollte ein reiches Land wie die Schweiz tun?

Man muss genau prüfen, was Sinn macht. Humanitäre Hilfe ist nötig, kein Zweifel. Aber es gibt keinen Nachweis, dass die strukturelle Entwicklungshilfe nachhaltig Wachstum fördert, nirgends. Es gibt kein Land, das dank Entwicklungshilfe langfristig Wachstum generieren konnte. Wo Hilfe erfolgreich war, in Südkorea oder Botswana, war sie befristet, genauso wie der Marshall-Plan zum Aufbau Europas nach dem Krieg. Unbegrenzte Hilfe korrumpiert.

Sie wehren sich auch gegen das Bild eines total vom Westen abhängigen Afrika.

Vor kurzem waren unter den zehn am schnellsten wachsenden Ländern der Welt sieben aus Afrika. Aber das will im Westen niemand hören. Hier pflegt man lieber eine total negative Sicht von Afrika. Das ist verrückt. Deshalb sage ich: Wenn ihr für euer Mitleid jemanden sucht, dann geht woanders hin.

Ihr Thema sind weltwirtschaftliche Risiken. Die Wachstumschwäche ist Ihre grösste Sorge. In der Schweiz hingegen sehen viele das Wirtschaftswachstum als Problem.

Ich verstehe die Skepsis. Niemand behauptet, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der optimale Massstab ist. Aber entscheidend ist, dass man sich Wachstum als eine Verbesserung des Lebensstandards vorstellt. Das sollten wir nicht vermischen mit der Frage, wie wir Wachstum messen sollen.

Die neuen Technologien setzen Arbeitskräfte frei. Das macht vielen Menschen Angst.

Wir haben noch gar nicht richtig erfasst, wie die Technologie in den letzten zehn Jahren die Welt verändert hat. Ökonomen und Politiker sind geübt im Umgang mit den Problemen des letzten Jahrhunderts, als die Welt noch einfacher war. Meine grösste Sorge gilt deshalb nicht den Problemen wie Technologie, Verschuldung, Ungleichheit oder Rohstoffknappheit



Dambisa Moyo: «Das wirtschaftliche und politische Versagen produziert das Migrationsproblem»

Foto: Robert Bellamy

Dambisa Moyo

Die in Sambia geborene Ökonomin ist Verwaltungsrätin der Barclays Bank, des weltgrössten Goldförderers Barrick und des Braukonzerns SAB Miller. Berühmt wurde sie mit ihrem Buch «Dead Aid», in dem sie Entwicklungshilfe als zerstörerisch bezeichnete. Laut «Time» zählt sie zu den 100 einflussreichsten Menschen der Welt. Das Gespräch fand am Swiss Economic Forum statt.

selbst, sondern den politischen Werkzeugen, mit denen wir die Probleme angehen. Sie funktionieren im 20. Jahrhundert, sie sind veraltet.

Woran sehen Sie das?

Zum Beispiel an der Geldpolitik, an der Migrationskrise oder dem zunehmenden Protektionismus. Die Welt steht an einem sehr gefährlichen Punkt.

Warum?

Franklin Roosevelt sagte: Jeder glaubt an Globalisierung, wenn

die Dinge gut laufen. Wenn es schlecht läuft, zählt nur das nationale Interesse. Ich habe kürzlich mit einem Konzernchef diskutiert, der sehr optimistisch war. Ich habe ihm gesagt: Ich kann Ihnen sofort eine Reihe von Risiken nennen, die alle eine tiefe Eintretenswahrscheinlichkeit haben. Aber wenn nur eines eintritt, können die Folgen katastrophal sein.

Zum Beispiel?

Donald Trump wird US-Präsident, Hillary Clinton wird angeklagt,

Grossbritannien sagt Ja zum Brexit, das Wachstum in China geht stark zurück.

Glauben Sie, Trump gewinnt?

Ich weiss es nicht, aber ich finde es faszinierend, was da geschieht. Wie sollten wir es interpretieren, wenn Clinton die Wahl gewinnt? Bedeutet es, die Wähler sind mit dem Status quo zufrieden?

Wohl eher nicht.

Ich bin sehr gespannt, was Bernie Sanders macht. Er führte eine Kampagne gegen das Establishment. Mit Clinton hat sich die Demokratische Partei für das Establishment entschieden. Was sagt er jetzt seinen Anhängern? Bleibt zu Hause? Was passiert, wenn in zehn Tagen 51 gegen 49 Prozent der Briten für den Verbleib in der EU stimmen? Was bedeutet es, wenn so viele Leute frustriert sind? Da zieht sich ein tiefer Graben durch die Gesellschaft. Das ist der Stoff für Revolutionen.

Sie beraten Unternehmen. Was raten Sie ihnen unter diesen Umständen?

Verwaltungsräte sollten sich fragen, ob sie Kapital aufnehmen oder Aktien zurückkaufen, um sich gegen Turbulenzen zu wappnen. Es ziehen sich immer mehr Unternehmen von der Börse zurück, weil sie befürchten, dass der Aktienkurs gegen null fällt, wenn etwas Schlimmes passiert. Viele Unternehmen sorgen sich über die De-globalisierung.

Sie meinen, dass sich Staaten stärker abschotten?

Ja, der Welthandel hat sich verlangsamt, Protektionismus nimmt zu.

Was kann ein Unternehmen dagegen tun?

Das Geschäftsmodell, in London Kapital aufzunehmen, um es in Brasilien zu investieren, funktioniert vielleicht nicht mehr. Dann muss das Unternehmen eine Firma in Brasilien eröffnen und dort Kapital aufnehmen. Nach Jahrzehnten der Globalisierung erfordert das eine neue Denkweise.

Als Ökonomin reden Sie sehr viel über Politik.

Ja. Ich bin frustriert, dass wir nicht in der Lage sind, wirksame wirtschaftspolitische Lösungen zu entwerfen. Aber das liegt auch daran, dass die Politik in einer demokratischen Gesellschaft alles aussticht. Sie können mit der besten Lösung kommen, wenn die politischen Bedingungen nicht stimmen, haben Sie keine Chance.

Sie sind eine passionierte Marathonläuferin. Sind Sie am Sonntag beim Frauenlauf in Bern dabei?

Nein, davon wusste ich nichts. Ist es ein Marathon?

Nein, nur 15 Kilometer.

Da wäre ich gerne mitgelaufen. Ich bereite mich auf den New York Marathon vor. Kürzere Rennen sind deshalb gut für mich.

Fakten-Check

Mythos Negativzins

Am Donnerstag ist es wieder so weit. Thomas Jordan, Andréa Maechler und Fritz Zurbrugg schildern der Weltöffentlichkeit ihre Sicht auf die geldpolitische Lage. Nach der Freude über die neue Fünfzigernote wird das Direktorium der Nationalbank diesmal wieder seine Standardmiene aufsetzen: ernst bis

besorgt. Brexit, Eurokrise, Donald Trump – es gibt genug Gründe für finstere Mienen.

Jordan wird erneut die Beibehaltung der Negativzinsen verteidigen. Und ein Teil der Medien, Banken und Finanzexperten wird erneut deren schädliche Folgen beklagen: Enteignung der Sparer,

Schädigung der Pensionskassen. Diese haben im letzten Jahr etwa 100 Millionen Franken Strafzinsen bezahlt – 0,01 Prozent ihrer Bilanzsumme. Das ist nichts im Vergleich zum Problem mit zu hohen Umwandlungssätzen und technischen Zinsen. Die Klage über Negativzinsen klingt wie der Kapitän, der auf dem leckgeschlagenen Schiff über den Regen jammert. Und die Sparer leben in vergleichsweise guten Zeiten. Über

lange Phasen wurden sie früher durch die Inflation enteignet. Heute bleibt ihnen dank sinkenden Preisen und Steuerrechnungen mehr vom Sparbatzen.

Aber je länger die «unkonventionellen» geldpolitischen Massnahmen der Notenbanker in Europa, Japan und den USA dauern, desto mehr rächt sich ihre Kommunikationsstrategie. Der Eindruck von Notmassnahme und

Ausnahmestandard ängstigt die Bürger und verwirrt die Märkte. Es wäre klüger gewesen, den Begriff Negativzins gar nicht erst einzuführen. Dass man auf dem Bankkonto wegen der Gebühren per Saldo draufzahlt, ist weder neu noch unkonventionell. Nur nannten das die Banken nie Negativzins. Würden sie sich über Kontogebühren beklagen statt über Negativzinsen, würden sie von den Kunden wohl ausgelacht.

Armin Müller ist Mitglied der Chefredaktion Sonntagszeitung/Tages-Anzeiger



Fragen und Anregungen bitte an armin.mueller@sonntagszeitung.ch